Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Biebrich a Rh., Rathausstr. 16. Telephon 41.

Redakteur: Guido Zeidler in Biebrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Zeidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich.

Filialexpedition in Hochheim: Jean Lauer.

Bezugspreis: monatlich 70 Pfg. einschl. Bringerlohn. Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Anzeigenpreis: für die 6gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 15 Pfg., Reklamezeile 30 Pfg.

№ 142. Donnerstag, den 28. November 1918 Postscheckkonto: Frankfurt (Main) Nr. 19714 12. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim am Main.

Betreffst die Ausgabe der Reichsfleischkarten.

Die Ausgabe der Reichsfleischkarten findet am Freitag, den 29. November 1918, im Rathause in folgender Reihenfolge statt:

Von 8—9 Uhr an die Bewohner der Adolf-, Alch-, Alter-, Altenauer- und Bahnhofstraße, Bauerngasse, Bilhildisstraße und Blumengasse, Burgeffstraße, Clahmannstraße und Delkenheimerstraße;

von 9—10 Uhr an die Bewohner der Edel-, Elisabethen- und Eppsteinstraße, Erbenheimer- und Flörsheimerweg, Frankfurter Straße und Friedrichsplatz, Gartenstraße, Hintergasse, Hochstätte und Jahnstraße;

von 10—11 Uhr an die Bewohner der Kirchstraße, Kronprinzenstraße, Laternengasse, Mainweg, Mainzer-, Margareten-, Marx- und Massenheimerstraße;

von 11—12 Uhr an die Bewohner der Neudorfsgasse, Plan und Rathausstraße, Rosengasse, Spanheimstraße, Steingasse, Sterngasse und Taunusstraße;

von 12—1 Uhr an die Bewohner der Weiher-, Wiesbadener-, Werle- und Wilhelmstraße, Wintergasse und Außerhalb.

Die Haushaltungsvorstände sind verpflichtet, die Karten mit dem Namen des Inhabers zu versehen, und sind die Metzger angewiesen, auf Karten ohne Namen kein Fleisch zu verabfolgen, ebenso müssen die alten Karten mit dem Namen des Inhabers versehen sein. Karten ohne Namen werden zurückgewiesen.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß Fleischkarten in einer anderen Zeit, als oben angegeben, nicht mehr verabfolgt werden. Selbstversorger die im Laufe der Woche Anspruch auf Fleisch haben, haben die Ausstellung der Fleischkarten bis spätestens Donnerstag mittag 12 Uhr im Rathause, Zimmer Nr. 8, zu beantragen. Spätere Anträge können für die Woche keine Berücksichtigung mehr finden.

Hochheim a. M., 26. November 1918.

Der Magistrat. J. V.: J. Preis.

Betrifft die Ausgabe von Kartoffeln.

Die Ausgabe der Kartoffeln auf Kartoffelkarten findet am Samstag, den 30. November ds. Js., vormittags von 9—12 Uhr, im Schulkeller statt.

Auf den Kopf der Versorgungsberechtigten entfallen 7 Pfund Kartoffeln für 7 Tage, das Pfund zu 9 Pfg.

Hochheim a. M., den 26. November 1918.

Der Magistrat. J. V.: J. Preis.

Betrifft die Ausgabe der Brotkarten.

Die Ausgabe der Brotkarten für die nächste Woche erfolgt am Samstag, den 30. November l. Js. vormittags von 8—1 Uhr, in folgender Reihenfolge:

von 8—9 Uhr die Nummern 1201 bis Schluß,
von 9—10 Uhr die Nummern 1—300,
von 10—11 Uhr die Nummern 301—600,
von 11—12 Uhr die Nummern 601—900,
von 12—1 Uhr die Nummern 901—1200.

Die vorstehende Reihenfolge wird unbedingt eingehalten und werden Inhaber von Karten, welche nicht an der Reihe sind, zurückgewiesen.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß jede unberechtigte Weiterbenutzung der Brotkarten wie der Zusatzbrotkarten verboten ist und mit empfindlichen Strafen geahndet wird, hauptsächlich sind die Zusatzbrotkarten nach Lösung des Arbeitsverhältnisses zurückzugeben.

Hochheim a. M., den 26. November 1918.

Der Magistrat. J. V.: J. Preis.

Betrifft die Ausgabe von Zwieback.

Diejenigen Bezugsberechtigten, welche den Zwieback der vergangenen Woche noch nicht abgeholt haben, werden ersucht, solchen sofort bei der Firma Th. Gallo Nachf. in Empfang zu nehmen, andernfalls der Anspruch darauf erlischt.

Hochheim a. M., den 26. November 1918.

Der Magistrat. J. V.: J. Preis.

Betreffst: Ausgabe der Fleischwaren.

Die Ausgabe der Fleischwaren erfolgt am Samstag, den 30. ds. Mts.

Nach Feststellung des Schlachtgewichts wird die Menge, welche auf eine Reichsfleischkarte entfällt, durch Anschlag an den Metzgerläden bekannt gegeben.

Hochheim a. M., den 26. November 1918.

Der Magistrat. J. V.: J. Preis.

Mahnung.

An Zahlung der 3. Rate Staats- und Gemeindesteuern wird hierdurch mit Frist von 5 Tagen gemahnt. Wer diese Frist versäumt, hat die Kosten der Zwangsbeitreibung zu tragen.

Hochheim a. M., den 26. November 1918.

Die Stadtkasse: Hoffmann.

Verordnung.

Auf Grund der Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts vom 11. September 1918 (R.-G.-Bl. S. 1109) über die Preise für Margarine und der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen der Reichsstelle für Speisefette vom 20. September 1918 wird hiermit für den Umfang des Landkreises Wiesbaden folgendes bestimmt:

§ 1.

Der Höchstpreis für den Verkauf von Margarine im Kleinhandel wird auf 4.02 Mark je Kilogramm festgesetzt.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, den 9. November 1918.

Namens des Kreisausschusses.
Der Vorsitzende.
von Heimburg.

Der hiesige Regierungs-Präsident ist als Demobilmachungskommissar für das den Regierungsbezirk Wiesbaden umfassende Demobilmachungs-Amt ernannt worden. Ihm steht der Bezirksbeirat zur Seite, der aus Vertretern von Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Gewerkschaften, sowie der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte zusammengesetzt ist. Die Geschäftsstuben des Demobilmachungskommissars befinden sich im Regierungsgebäude in der Bahnhofstraße.

Von dem Demobilmachungskommissar werden nur die **allgemeinen Fragen** der Demobilmachung für den Regierungsbezirk bearbeitet, namentlich die Richtlinien angegeben, um die gesamte Bewegung tunlichst in die richtigen Bahnen zu leiten.

Die **Einzelausführung** der wirtschaftlichen Demobilmachung liegt den Demobilmachungsausschüssen ob, die für die Stadt- und Landkreise unter Vorsitz der Oberbürgermeister und Landräte gebildet sind. In diesen Ausschüssen sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl vertreten.

Ziel der wirtschaftlichen Demobilmachung ist die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, namentlich Entlassung von Soldaten, Unterbringung in Heimat und Arbeit, Regelung der Arbeitszeit, Löhne, Streckung der Arbeit, Ingangsetzung der Betriebe, Rohstoffwirtschaft, Notstandsarbeiten, Erwerbslosenfürsorge.

Anfragen auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Demobilmachung sind nicht an den Demobilmachungskommissar, sondern an die **Demobilmachungsausschüsse** oder ihre Vorsitzenden zu richten, da diese, wie bemerkt, die eigentliche Detailarbeit verrichten und vom Demobilmachungskommissar zu vorläufigen Regelungen ermächtigt sind.

Wiesbaden, den 22. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.
J.-Nr. II. K. 3168/1. von Heimburg.

Noch viele hunderttausend Zentner Hackfrüchte, Kartoffeln und Rüben sind im Boden, weil ausreichende Arbeitskräfte zum Auswehnen fehlen.

Werden diese Feldfrüchte nicht bald geerntet, vernichtet sie der Frost. Das darf nicht geschehen, denn das wäre ein unersetzlicher Verlust für unsere ohnehin schwer gefährdete Volksernährung.

Es ergeht daher an alle Arbeiter- und Bauernräte sowie an alle Behörden der dringende Ruf, überall dort, wo noch Kartoffeln im Boden sind, bei den Truppen und unter den Arbeitslosen männlichen und weiblichen Geschlechts durch Vermittlung der örtlichen Arbeitsnachweise sofort die Arbeitskräfte aufzubringen, die erforderlich sind, die Ernte schnellstens zu vollenden.

Die Landwirte, die noch Kartoffeln im Acker haben, sind **verpflichtet**, von den nächstgelegenen Truppenteilen und Behörden die erforderlichen Arbeitskräfte gegen Zusicherung eines angemessenen, die heutigen Teuerungsverhältnisse berücksichtigenden Lohnes schnellstens anzufordern.

Sind sie darin säumig oder verzögern die Ernte durch die Weigerung, einen angemessenen Lohn zu zahlen, so müssen die Behörden geeignete Zwangsmaßnahmen ergreifen, um die Feldfrüchte vor dem Verderben zu bewahren.

Berlin, den 18. November 1918.

Für das Kriegsernährungsamt: Wurm.
Für das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten: Braun. Hofer.
Für das Ministerium des Innern: Dr. Breitscheid. Hirsch.

Bekanntmachung
betreffend die Einstellung der Erzeugung von Heeresbedarf.

Im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat bestimme ich für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden folgendes:

1. Rohstoffe jeder Art, insbesondere Leder, Metall und Textilstoffe, die in ihrer jetzigen Form ohne weitere Bearbeitung zu Friedenszwecken verwendet werden können, dürfen zur Erzeugung von Kriegsmaterial nicht mehr verarbeitet werden.
2. **Reine Munitionsbetriebe** sind am 22. November 1918 still zu legen. Als solche kommen in Betracht:
   a) Munitionsbetriebe, die vor Ausbruch des Krieges der Metallindustrie nicht angehörten,
   b) Munitionsbetriebe, die nicht in der Lage sind, sofort eine größere Anzahl ihrer Arbeiter mit Friedensarbeit zu beschäftigen.
3. **Gemischte Betriebe.**
   Den Stammbetrieben der Metallindustrie wird gestattet, ihre Herstellung von Gegenständen, die lediglich Kriegszwecken dienen, allmählich abzubauen. Die Erzeugung solcher Gegenstände ist jedoch spätestens am 8. Dezember 1918 abends völlig einzustellen.

Wiesbaden, den 21. November 1918.

Der Demobilmachungskommissar:
J. V.: gez. Kötter.

Nichtamtlicher Teil.

Die Freistaatenkonferenz.

Wb Berlin, 25. November. Die Nachmittagssitzung der Reichskonferenz wurde eingeleitet durch den Volksbeauftragten Barth, der die Kunstzensur für notwendig erklärte, aber warnt, seien die Arbeiter- und Soldatenräte als Vorparlament berufen. Die Diktatur wolle niemand verlängern.

Nach kurzer Schlußantragsdebatte, in der Minister Hirsch bedauerte, nicht im Namen Preußens gegen die Loslösung preußischer Gebietsteile protestieren zu können, wurde auf Vorschlag Eberts folgendes Resumee als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme gehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, lediglich im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.
2. Der Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens.
4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schleunige Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuarbeiten.

Staatssekretär Müller vom Reichsarbeitsamt schlägt folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wird:

Um das Wirtschaftsleben Deutschlands aufrecht zu erhalten, die ungestörte Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu sichern und die deutsche Volksrepublik im In- und Ausland kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich. In Uebereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat.

Staatssekretär Schiffer vom Reichsschatzamt wies auf das Gesetzlose der Finanzzustände des Reiches hin und forderte aus rein praktischen Gründen die Nationalversammlung.

Ebert appellierte in seinem Schlußwort an die Besonnenheit der Arbeiter und Soldaten und sagte, die deutsche Arbeiterschaft möge der Welt zeigen, daß 50 Jahre der Erziehung zur Selbstzucht durch die Sozialdemokratie nicht verloren gewesen seien. Die Berichte der heutigen Sitzung machten es allen zur Pflicht, für die neue Republik die staatsrechtliche Festigung in der Nationalversammlung zu schaffen. — Mit einem Dankeswort an die Versammelten schloß Ebert die Reichskonferenz.

Tages-Rundschau.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Wbo Berlin, 25. November. Die deutsche Regierung erhielt durch Vermittlung der schweizerischen Regierung in der Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln nachstehende Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Lansing:

In der gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses vom 14. November erklärte der Präsident der Vereinigten Staaten, daß die Vertreter der verbundenen Regierungen in dem obersten Kriegsrat in Versailles in einem einstimmig gefaßten Beschluß den Völkern der Mittelmächte zugesagt hätten, daß alles unter den gegenwärtigen Umständen Mögliche getan werden solle, um sie mit Nahrungsmitteln zu versehen und um die traurige Not zu erleichtern, die an so vielen Orten ihr Leben bedroht, und daß sofort Schritte unternommen werden sollen, dieses Hilfswerk in derselben Weise systematisch zu organisieren, wie dies im Falle Belgiens geschehen sei. Der Präsident gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß es sich durch die Verwendung der brachliegenden Tonnage der Mittelmächte alsdann ermöglichen lassen sollte, der bedrängten Bevölkerung der Mittelmächte die Furcht vor äußerstem Elend zu nehmen und ihr Gelegenheit zu geben, ihre Aufmerksamkeit und ihre Kräfte den großen und segensvollen Aufgaben des politischen Neuaufbaues zu widmen, denen sie jetzt überall gegenübersteht. In diesem Sinne beauftragt mich der Präsident zu erklären, daß er bereit ist, die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln in günstigem Sinne zu erwägen und diese Frage mit den verbündeten Regierungen sofort aufzunehmen, vorausgesetzt, daß er die Versicherung erhält, daß in Deutschland die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten wird und auch weiterhin aufrecht erhalten bleibt, und daß eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel unzweifelhaft garantiert wird.

Welche Regierung ist für den ersten Luftangriff verantwortlich?

Die „Times" vom 12. November veröffentlicht einen Kriegskalender vom August 1914 bis zum Waffenstillstand. In bezug auf die Luftangriffe lesen wir darin:

„13. September 1914: Erster britischer Luftangriff auf Deutschland.

24. Dezember 1914: Erster deutscher Luftangriff auf England."

Diese Daten sprechen für sich.

Die Trennung von Staat und Kirche.

In Beantwortung zahlreicher telegraphischer und brieflicher Anfragen hat der Volksbeauftragte im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Konrad Hänisch folgendes Telegramm an die „Rheinische Zeitung" in Köln gerichtet: Dementiert auf das entschiedenste das unsinnige Gerücht, daß das Kultusministerium beabsichtige, mit einem das Volk überrumpelnden Handstreich durch bloßes Dekret unverzüglich die Trennung von Staat und Kirche herbeizuführen. Gewiß liegt die baldige Durchführung dieser Trennung in allgemeiner Linie unserer Politik, und die ersten Vorarbeiten dazu sind auch bereits eingeleitet. Aber es versteht sich von selbst — und darin herrscht im Kultusministerium vollständige Einmütigkeit —, daß zu diesen Vorarbeiten, die mit zahlreichen Fragen finanzieller, juristischer und allgemeinpolitischer Natur verknüpft sind, auch Vertreter der Kirchen herangezogen werden. Vorbesprechungen mit berufenen Vertrauensmännern der Geistlichkeit und mit anerkannten Lehrern des Kirchenrechts sind bereits eingeleitet. Es ist jede Gewähr dafür geboten, daß nichts geschehen wird, ohne die loyalste Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen und Empfindungen auch der kirchlichen Kreise des preußischen Volkes. Nichts wird über das Knie gebrochen werden. Von allem anderen abgesehen, würde das schon die Rücksicht auf die allgemeine politische Lage verbieten. Das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung treibt keine enge Ressortpolitik, sondern Staatspolitik. Zur Beunruhigung der katholischen Bevölkerung liegt keinerlei Anlaß vor. Eine offizielle Erklärung unseres Ministeriums in diesen Fragen erfolgt in den nächsten Tagen.

Eisner gegen Hindenburg.

Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner veröffentlicht folgende amtliche Erklärung: Der bisherige Generalfeldmarschall von Hindenburg erläßt in letzter Zeit wiederholt Kundgebungen, die geeignet sind, auf das empfindlichste die bevorstehenden Friedensverhandlungen zu stören. Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern nimmt Anlaß, gegen diese ihm so unglücklich wie unzulässig erscheinende Einmischung des bisherigen Generalfeldmarschalls in die Politik entschieden Protest einzulegen. Es ist nicht mehr an der

Zeit, den im deutschen Volk angesammelten Zorn auf das feindliche Ausland ablenken zu wollen.

Dazu bemerkt die „Augsburger Abendzeitung":

Hindenburg erfüllte nur seine Pflicht. Wir können die neueste Kundgebung Eisners weder nach ihrer sachlichen Grundlage, noch nach Form und Inhalt als glücklich bezeichnen.

Wir glauben, daß es wenige Deutsche geben wird, die sich diesem Urteil des bayerischen Blattes nicht anschließen. Das deutsche Volk ist sich des unauslöschlichen Dankes, den es Hindenburg schuldet, gewiß und wird Herrn Eisner nicht folgen, der zum Hohne auf die demokratischen Grundsätze dem „bisherigen Generalfeldmarschall" den Mund verbieten möchte.

Die Nationalversammlung in Frankfurt? Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger" hört, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Nationalversammlung in Frankfurt am Main zusammentreten wird, und zwar rechnet man damit, daß sie nach Ueberwindung der technischen Schwierigkeiten schon sehr bald ins Leben treten wird.

Berlin. General Ludendorff hat am 9. November, dem Tage, an dem die Revolution ausbrach, die Pension im Westen, in der er bis dahin wohnte, und auch Berlin verlassen und ist inzwischen über Saßnitz nach Schweden gereist.

Wb. **Berlin**, 25. November. Mit Rücksicht auf die Kartoffel- und Getreideversorgung ersuchte der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes die Bundesregierungen anzuordnen, daß Hausschlachtungen bis zum 31. Dezember beendet sein müssen und nur in besonderen Ausnahmefällen eine Verlängerung des Termins zulassen. Nach dem 1. Januar 1919 noch in den Beständen ohne Genehmigung befindlichen schlachtfähigen Schweine sind, abgesehen von Zuchtschweinen, auf deren Erhaltung mit allen Mitteln hinzuwirken ist, und von noch nicht abgenommenen Vertragsschweinen, möglichst ohne Verzug zur Erfüllung der Schlachtviehumlage heranzuziehen.

Die Alliierten und Deutschland.

Wb. **Berlin**, 25. November. Französische Blätter melden: Wie allgemein bekannt, werden die Alliierten nur mit einer solchen deutschen Regierung Frieden schließen, die die Mehrheit des deutschen Volkes vertritt. Man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß es in Deutschland zu größeren Unruhen kommt. Sollten die Bolschewisten in Deutschland die Oberhand gewinnen, so würde die Besetzung größerer Ortschaften Deutschlands einschließlich Berlins und anderer größerer Städte unvermeidlich sein.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

Bern, 25. November. Hitan schreibt im „Echo de Paris": Nach Mitteilungen aus sicherer Quelle können die Präliminarfriedensverhandlungen erst Anfang Januar eingeleitet werden. Sie werden ungefähr 1½ Monate dauern, jedoch die endgiltige Unterschrift des Friedensvertrages erst Ende Februar erwartet werden kann. Es wird daher notwendig sein, am 17. Dezember den Waffenstillstand zu verlängern.

Arbeitslos.

Dresden, 26. November. Eine Millionenarbeitslosigkeit steht binnen kurzem bevor. Die deutsche Eisenindustrie ist bekanntlich angewiesen auf Lieferung aus den Erzgruben von Elsaß-Lothringen und von Oberschlesien. Beide Haupterzeugungsgebiete können zurzeit nichts liefern. Auch Erzlieferungen aus Schweden oder Spanien kommen zurzeit nicht in Frage, weil die feindliche Blockade noch fortbesteht. Es werden daher in kurzer Zeit — man rechnet bis Mitte Dezember — Millionen von Arbeitern und Angestellten arbeitslos werden; denn es ist natürlich unmöglich, die vorläufige Regelung, daß die Industrie ihre Arbeiter weiter beschäftigen und bezahlen muß, auf die Dauer aufrecht zu erhalten, weil das zum Ruin der Industrie führen müßte.

Wilsons Ziele.

Nach der „Chicago Tribune" sind die Republikaner aufs höchste gegen den Präsidenten aufgebracht, weil er gleichzeitig mit der Ankündigung seiner Reise die Kabel durch den Postmeister mit Beschlag belegen ließ. Wie das Blatt weiter meldet, hat Wilson fünf große Ziele im Auge: 1. den Völkerbund, 2. die Abrüstung, 3. die Freiheit der Meere, 4. eine gerechte Behandlung des deutschen Volkes, 5. Hilfe für Rußland. — Wie die „Evening World" aus Washington meldet, glaubt man dort, daß Wilson zum Ersten Präsidenten des Völkerbundes gewählt werde.

Wilhelm II. und die Entente.

Wb. **London**, 25. November. Reutermeldung. Der Korrespondent Reuters in Belgien meldet vom 24. November: Ich erfahre aus guter Quelle, daß die von der französischen Regierung befragten Rechtssachverständigen nach Untersuchung der Angelegenheit erklärten, daß es die Pflicht Hollands sei, die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers zu befehlen, und daß der Kaiser, da er keine offizielle Erklärung über seine Thronabdankung abgegeben habe, nicht das Recht hat, als Privatperson betrachtet zu werden, auch keine Ansprüche auf eine Zuflucht in Holland geltend machen kann. Die Alliierten erwägen ein gemeinsames Vorgehen, bei welchem die Auslieferung des Kaisers gefordert werden soll.

Wb. **Köln.** Laut einer ergangenen Mitteilung des stellvertretenden Generalkommandos des 8. Armeekorps müssen alle Wehrpflichtigen, die vor dem 1. August 1914 ihren Wohnsitz nicht im linksrheinischen Gebiet hatten, dieses Gebiet bis zum 10. Dezember verlassen, da sie sonst interniert werden.

Wb. **Straßburg**, 25. November. Nach einer Meldung der Agence Havas hielt Marschall Petain, von General Castelnau begleitet, heute seinen feierlichen Einzug in Straßburg an der Spitze der Armee Gouraud.

Die Besetzung von Köln, Koblenz und Mainz.

Einer Meldung der „Nouvelle Correspondance" zufolge teilt General March mit, daß die amerikanische Armee Koblenz gegen den 1. Dezember erreichen und diesen Brückenkopf zu diesem Zeitpunkt besetzen werde. Die Engländer würden Köln und die Franzosen Mainz besetzen.

Die Vorbereitung der Nationalversammlung.

Berlin, 26. November. Das Kabinett berät heute das Wahlgesetz für die Nationalversammlung. Es ist bestimmt zu erwarten, daß mit dem Gesetz zugleich der Termin der Wahl bekannt gegeben wird. Man glaubt annehmen zu können, daß die Festsetzung des Termins auf das Ingangkommen der Vorfriedensverhandlungen beschleunigend einwirken wird. (Köln. Ztg.)

Wo soll die Nationalversammlung tagen? Man wird versucht sein, in erster Linie an die Frankfurter Paulskirche zu denken, deren geschichtliche Erinnerungen einen Weiheglanz auch über die neue Nationalversammlung breiten würde. Indes ist die Wahl wohl deshalb unmöglich, weil Frankfurt unmittelbar an der Peripherie der neutralen Zone liegt und am Ende sogar zur Hälfte in sie hineinfällt. Man wird sich daher nach einem anderen Platze umsehen müssen. Ob nun die Wahl auf Kassel fällt oder auf Eisenach oder Gotha oder Goslar, ist bisheriger näherer Erwägung anheimzustellen.

Kleine Mitteilungen.

Vom Reichstag. Die Meldung der unabhängigen Nationalkorrespondenz, daß die Reichsregierung den Reichstagspräsidenten Fehrenbach ersuchte, den Reichstag einzuberufen, ist glatt erfunden.

Staatssekretär Solf. Wie die „Freiheit" schreibt, darf nach dem Verlauf der Reichskonferenz damit gerechnet werden, daß der Staatssekretär Solf seinen Abschied nehmen wird.

Wb. **Berlin**, 26. November. Im Einvernehmen mit dem Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates gibt das Kriegsministerium bekannt: Das gesamte Personal der Freiwilligen Krankenpflege in der Heimat und in der Etappe, die Mitglieder der Sanitätskolonnen, die Genossenschaften Freiwilliger Krankenpfleger im Kriege und alle Schwestern, die für die Kriegsdauer verpflichtet sind, haben den Dienst in den Lazaretten und beim Abtransport der Lazarettzüge bis auf weiteres auszuüben. Ein Verlassen des Dienstes wird bestraft.

Zur Verhaftung des Generals v. Delmensingen. Der in Ulm verhaftete und in München wieder freigelassene General Graf von Delmensingen war vor 14 Tagen in Ulm abgestiegen und hatte von der Obersten Heeresleitung „zwei Divisionen, aber keine Preußen" erbeten, um die Revolution in München wieder rückgängig zu machen. Dieses Telegramm wurde infolge des inzwischen in Württemberg eingetretenen Umsturzes abgefangen und der Absender verhaftet.

London. Lord Curzon teilte im Unterhaus mit, daß innerhalb der nächsten Woche etwa eine Million Menschen in England arbeitslos sein würden.

An die Heimat!

Armeeoberkommando 5. A. H. Qu., November 1918.

Die Truppen der 5. Armee, die heldenmütig allen Angriffen vor Verdun getrotzt haben, kehren unerschüttert nach unerhörtesten Anstrengungen in die Heimat zurück.

Aufrechten Hauptes, im Bewußtsein, ihre vaterländische Pflicht bis zum letzten erfüllt und die Heimat vor den Schrecken des Krieges im eigenen Lande bewahrt zu haben, ziehen sie mit klingendem Spiel und Gesang durch die deutschen Gaue ihrer engeren Heimat entgegen.

Bewohner der schönen Lande an Mosel u. Rhein, von Nassau, Hessen und Franken, bietet den heimkehrenden tapferen Söhnen unseres Vaterlandes einen

Dank- und Willkommengruß

nach dem sie verlangen.

Schmückt Eure Häuser und Straßen und laßt die deutschen Landesfarben wehen, damit wir daraus die Liebe der Heimat erkennen, die wir so lange entbehrt haben.

Helft alle den Soldaten! Vereine und jeder einzelne, greift zu, wo Ihr könnt, zeigt die Quartiere, die Wege, sorgt mit für die Pferde, helft das Gepäck tragen, faßt in die Speichen, wo es nötig ist, erleuchtet die Straßen, bietet Eure Hilfe an.

Betrachtet es als vaterländische Pflicht, uns durch Ordnung, Arbeit und Geduld zu unterstützen, um das schwere Werk zu vollbringen, die Armee geordnet und in Gesundheit nach Hause zu führen.

Ein jeder helfe dazu!

Unseren Dank es sind alle gewiß, die in treuer Selbstverleugnung und mit vaterländischem Opfersinn uns die Heimkehr erleichtern!

Der Oberbefehlshaber:
von der Marwitz,
General der Kavallerie.

Der Rückmarsch der Truppen.

Der Bezirk des 18. Armeekorps

wird in der Richtung von Westen nach Osten von sieben Armeen durchschritten, und zwar von Norden nach Süden gerechnet:

Von der 17. Armee nördlich der Linie Siegburg—Winterscheid—Eckenhagen—Hilchenbach—Winterberg—Corbach.

Von der 18. Armee nördlich der vorgenannten und nördlich der Linie Königswinter—Siegen—Biedenkopf—Gemünden.

Von der 7. Armee südlich der vorgenannten und nördlich der Linie Herschbach—Stein—Neukirch—Herborn—Homberg.

Von der 1. Armee südlich der vorgenannten und nördlich der Linie Bendorf—Westerburg—Wetzlar—Gießen—Ulrichstein—Marbach.

Von der 3. Armee südlich der vorgenannten und nördlich der Linie Ems—Hirschberg—Weilburg—Weilmünster—Kleeberg—Butzbach—Berstadt bei Nidda—Freiensteinau—Flieden—Gersfeld.

Von der 5. Armee südlich der vorgenannten und nördlich der Linie Kreuznach—Sprendlingen—Hockenheim—Groß-Gerau—Oberroden—Mainflingen.

Von der Armee-Abteilung B südlich der vorgenannten Linie.

Die Marschstraßen sind noch nicht festgelegt; es muß damit gerechnet werden, daß in den betreffenden Gebieten während der Durchmarschdauer sämtliche Straßen von den Truppen benutzt werden. Die Durchmarschdauer wird sich auf 8 bis 10 Tage belaufen.

Die auf den Trennungslinien gelegenen Städte und Ortschaften liegen teilweise im Bereiche der nördlich und teilweise im Bereich der südlich marschierenden Armeen.

Die Franzosen im besetzten Gebiet.

(Aus der „Saarbrücker Zeitung".)

Marschall Foch hat folgende Bekanntmachung erlassen, die der Polizei-Direktor von Saarbrücken zur öffentlichen Kenntnis gibt:

Bekanntmachung.

Die militärischen Behörden der Alliierten übernehmen die Befehlsgewalt im Lande.

Sie verlangen von jedermann unbedingten Gehorsam.

Die im Augenblick der Besetzung in Kraft befindlichen Gesetze und Verordnungen werden von uns bestätigt, soweit sie nicht unsere Rechte und Sicherheit gefährden.

Unter der Leitung und Aufsicht der Militärbehörden wird die Verwaltung weitergeführt.

Die Beamten haben die Pflicht und werden aufgefordert, gewissenhaft und ehrlich die Aemter auszuüben, die ihnen übertragen sind. Die Gerichte werden in der Rechtsprechung fortfahren.

Die Einwohner müssen sich jeder mittelbaren oder unmittelbaren feindseligen Handlung in Wort und Tat gegen die alliierten Behörden enthalten. Sie müssen den Requisitionen Folge leisten, welche ihnen dem Gesetz entsprechend auferlegt werden.

Wer eines Verbrechens oder Vergehens als Anstifter oder Mittäter überführt wird, wird sofort festgenommen und dem Kriegsgericht vorgeführt werden.

Jede Widersetzlichkeit gegen die Verfügungen, die der Bevölkerung bekannt gegeben sind, und jede Gehorsamsverweigerung gegen die gegebenen Befehle werden streng bestraft.

Diese Bekanntmachung stellt die Besetzung des Landes durch die Armeen der Alliierten feierlich fest, sie bezeichnet jedem seine Pflicht, die darin besteht, zu helfen bei der Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens durch Arbeit, Ruhe und Ordnung.

Mögen alle sich lebhaft daran beteiligen!

Der Marschall von Frankreich, Oberbefehlshaber der Truppen der Alliierten.
Foch.

Ferner heißt es in einer anderen Bekanntmachung:

Für die Verwaltung der Stadt Saarbrücken, sowie für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist allein der Oberbürgermeister in Verbindung mit dem Polizeidirektor verantwortlich. Nur diese Behörden sind ermächtigt, in Verbindung mit der französischen Kommandantur Anordnungen zu treffen. Oeffentliche Anschläge dürfen nur von ihnen veranlaßt werden. Sämtliche anderen öffentlichen Anschläge sind sofort zu beseitigen.

Der Divisions-Kommandeur der französischen Besetzungstruppe.
General Grégoire.

In einer dritten Bekanntmachung heißt es:

Die französische Kommandantur hat ihr Einverständnis damit erklärt, daß die Polizeistunde vorläufig auf 11 Uhr abends festgesetzt wird. Ich ersuche dringend, diese Festsetzung genau zu befolgen. Die Wirtschaften werden durch Polizeibeamte kontrolliert werden. Ueberschreitungen der Polizeistunde werden die Schließung der Wirtschaft zur Folge haben.

Der Verkehr nach 11 Uhr abends auf den Straßen wird vorläufig nicht eingeschränkt werden. Sollten jedoch Ruhestörungen oder Zwischenfälle irgend welcher Art sich ereignen, werden einschränkende Bestimmungen erlassen werden. Im eigenen Interesse wird daher die Bevölkerung dringend ersucht, Ansammlungen auf der Straße zu vermeiden.

Ansammlungen wie sie heute auf der Dudweilerstraße und vor dem Walzerhaus vorgekommen sind, wird die französische Besatzung in Zukunft nicht dulden. Gegebenenfalls wird Saarbrücken von ihr stärker belegt werden.

Saarbrücken, den 23. November 1918. Der Polizei-Direktor: von Halfern.

Saarbrücken, 25. November. Die roten Plakate, die noch allenthalben an den Häusern kleben, sind auf Befehl der französischen Kommandantur sofort zu entfernen. Die französische Kommandantur macht die Hausbesitzer für diese umgehende Entfernung verantwortlich.

Nassauische Nachrichten.

Frankfurt. In der heutigen Magistratssitzung wurde für Frankfurt als erste Stadt Preußens die Einführung der Einheitsschule zum 1. April 1919 beschlossen.

Noch keine Kunde vom Waffenstillstande. Auf dem Bahnhof Fechenheim—Mainkur bei Frankfurt wurden am letzten Freitag, den 22. November, zum Gaudium aller Reisenden die Fenster des Bahnhofsgebäudes blau angestrichen. Als man die Anstreicher nach dem Grunde dieses „Blaumachens" fragte, antworteten sie: „Das is wegen die Flieger. Wir haben gestern den Befehl dazu von oben gekriegt!" Weder Waffenstillstand noch Revolution haben also im Bahnhof Mainkur den guten Amtsschimmel aus seiner Ruhe aufstören können. Es muß also noch ein stärkeres Ereignis eintreten.

Frankfurt. Zwei junge feldgraue Soldaten erschienen bei einer hiesigen Dame, um angeblich im Auftrage des Soldatenrates Durchsuchungen nach Lebensmittelkarten vorzunehmen. Hierbei erpreßten sie von der Wohnungsinhaberin unter Drohungen 500 Mark.

— Der Einzug von Fronttruppen in Frankfurt erfolgt erst anfangs nächster Woche. Am 1. und 2. Dezember trifft die 213. Division, etwa 20 000 Mann, mit General v. d. Marwitz an der Spitze und dem Stabe des Armeeoberkommandos 5 hier ein. Den Truppen, die am Tage vor dem Einmarsch in den Dörfern westlich von Frankfurt einquartiert sind, wird vor der Stadt bei Rödelheim ein festlicher Empfang geboten, an den sich eine Parade schließen wird. Die 213. Division setzt sich aus mitteldeutschen Truppen zusammen. Außer diesem Durchzug sind für Frankfurt keine größeren geschlossenen Truppenkörper zu erwarten.

Rüdesheim. Ein anscheinend von der Front gekommenes Flugzeug ist am Freitag nachmittag auf dem Aulhauser Weg unterhalb des Jagdschlosses abgestürzt. Die Insassen, Leutnant Mosen und der Flugzeugführer Jansen, sind tot.

Bad Homburg v. d. H. Das Große Hauptquartier unter dem Hammer. Die nach Millionen wertenden Einrichtungsgegenstände des Großen Hauptquartiers, das bekanntlich Mitte November nach hier verlegt werden sollte, durch die Staatsumwälzung jedoch der Auflösung verfiel, werden seit einigen Tagen öffentlich durch den A.- und S.-Rat an den Meistbietenden versteigert, nachdem viele Sachen, besonders Wäsche, schon unter der Hand verkauft worden waren. Für mehr als eine halbe Million Mark war, wie berichtet, bereits gestohlen worden. Diese öffentlichen Versteigerungen haben nun zu erheblichen Unstimmigkeiten geführt und mußten infolgedessen eingestellt werden. Die noch zurückgebliebenen bedeutenden Mengen von Einrichtungsgegenständen jedweder Art wurden vom A.- und S.-Rat der Stadt und dem Obertaunuskreis zur Verfügung gestellt. Sie sollen später an die heimgekehrten Frontsoldaten, die einen Hausstand gründen wollen, abgegeben werden.

Idstein. Großhamster. Der A.- und S.-Rat fing Sonntag abend zwei Wagen mit Lebensmitteln ab, die ein gewisser Dr. Spengler seinem hier wohnhaften Schwiegervater, dem Sanitätsrat Dr. Klein, von der Front zuführen wollte. Die Wagen bargen mehrere Zentner Würste, Schinken, Fett, Kasseler Rippenspeer im Werte von etwa 20 000 Mark. Von der gleichen Kontrolle wurden ferner zwei mit allerlei schönen Sachen beladene Autos und ein Wagen mit Lebensmitteln, alle vom Westen kommend, angehalten. — In einem hiesigen Gehöft fand man bei der Nachprüfung der Kartoffelbestände statt der erhofften Kartoffeln nach 17 Zentner verheimlichtes Getreide.

Dillenburg. Ein militärisches Lastauto mit Anhängewagen fuhr am Sonntag nachmittag um 4 Uhr infolge Versagens der Steuervorrichtung auf dem Eibenbacher Berg in voller Fahrt gegen einen Baum. Der Chauffeur und ein mitfahrendes, auf der Dynamitfabrik in Würgendorf beschäftigtes Mädchen waren sofort tot. Zwei weitere schwerverletzte Personen mußten in die Gießener Klinik geschafft werden. Von 7 Leichtverletzten wurden einige im Krankenhause zu Haiger verbunden bezw. untergebracht.

Mainz. Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat erläßt folgende Bekanntmachung: „Diebstahl oder Hehlerei mit militärischem Gut wird vom Standgericht abgeurteilt. Die Fälle mehren sich, daß Private Hehlerei mit Heeresgut treiben. Heeresgut darf unter keinen Umständen an Private ohne Genehmigung des Generalkommandos oder der Intendantur veräußert werden. Private, die entgegen diesen Bestimmungen Heeresgut direkt oder durch Dritte kaufen, erwerben damit kein Besitzrecht und machen sich strafbar. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat wiederholt Haussuchungen vornehmen lassen und die Besitzer von unrechtmäßig erworbenem Gut schwerer Bestrafung zugeführt. Jedermann, der in Ortschaften oder auf Straßen Heeresgut findet, hat dieses den zuständigen Behörden abzuliefern."

Mainz. Beim Artillerie-Depot Mainz werden von Mittwoch, den 27. ds. Mts. ab am Bingertor täglich vormittags von 9—12 Uhr nachstehende Gegenstände öffentlich versteigert: Fahrzeuge, Protzen, Räder, Deichseln, gebrauchte Geschirre, Handwerkszeug, Metalle, hölzerne Lafetten, Feldschmieden, Schlitten usw.

— Der Durchmarsch der Fronttruppen der 5. Armee wird heute Mittwoch und Donnerstag beginnen, das Gros dürfte in den Tagen vom 30. ds. Mts. bis zum 6. Dezember hier durchkommen. Was bis jetzt Mainz durchschritten hat, waren in der Hauptsache Etappenformationen oder hinter die Frontlinie zurückgezogene Verbände. Die im Laufe des Tages eintreffenden Truppen nehmen ihren Weg nach den Kasernen und Volksküchen, wo sie warmes Essen erhalten und dann ihren Marsch fortsetzen. Die während der Nacht ankommenden Truppen werden nach der Speisung in geheizten Kirchen und sonstigen großen Räumen auf Strohsäcken schlafen, um am nächsten Morgen über den Rhein befördert zu werden.

— Die Nationalliberale Partei in Mainz verlangt einen Zusammenschluß aller Deutschen auf demokratischer Grundlage.

— **Mainz**, 26. November. Muß i denn, muß i denn zum Städtle hinaus. Der Ausmarsch der hier garnisonierenden Truppen hat heute begonnen. Den Anfang machte das Inf.-Regt. 87, dessen neuer Standort Bad Orb ist. Das Regiment rückte früh morgens mit der Bahn ab. Ihm folgte um 10 Uhr das Inf.-Regt. Nr. 117. Es marschierte unter klingendem Spiel durch die Straßen der Stadt nach Kastel, um von da aus den Marsch zu Fuß nach seinem neuen Garnisonort Friedberg anzutreten. Die Soldaten, die feldmarschmäßig bepackt und fast alle mit bunten Fähnchen und Wimpeln versehen waren, wurden bei ihrem Abzug von einer vieltausendköpfigen Menge zum letzten Male überaus herzlich gegrüßt und zu Fuß über den Rhein hinüber begleitet. Auch die 88er und die 1. Ers.-M.-G.-Komp. des 18. Armeekorps verließen heute nachmittag die hiesige Stadt. Die Pionierregimenter Nr. 21 und 25 marschieren morgen ab. Das erstere wird per Schiff nach seinem neuen Standort Seligenstadt a. M. verbracht, wo es zum größten Teil in Bürgerquartieren untergebracht wird. Nachdem auch schon das Ers.-Btl. des Fußart.-Regts. Nr. 3 abgerückt ist,

weilt nur noch das Drag.-Regt. Nr. 6 und das Feld-Artl.-Regt. Nr. 27 hier in Garnison. Ihr Abmarsch erfolgt indes ebenfalls in allernächster Zeit. Der Ausmarsch der vielen Truppen, die seit Jahrzehnten dem Mainzer Straßenbild ein besonderes charakteristisches Aussehen gaben, rief bei gar manchem eine recht wehmütige Stimmung hervor.

Bei **Oppenheim** wird gegenwärtig eine Brücke über den Rhein gebaut, um den raschen Uebergang der Truppen über den Strom zu ermöglichen. Für die Brückenbauarbeiten sind alle im Kreise wohnenden Schiffer zur sofortigen Mithilfe und Bereitstellung von Material, wie Booten, Flotzen, Tauen, Anker usw. aufgefordert. Ein Pionierbataillon leitet die Arbeiten. Auch im Rheingau und weiter stromabwärts bei St. Goar werden besondere Brücken für die anmarschierenden Truppen erbaut. Ihre Fertigstellung muß innerhalb kürzester Frist erfolgen.

Worms. Dem A.- und S.-Rat wurden 10 Kinder als vermißt angemeldet. Diese haben sich den Ermittelungen zufolge an die Fahrzeuge durchfahrender Truppen gehängt und sind mit über den Rhein nach Osten gewandert.

Wetzlar. Bei Tiefenbach wurden drei auf dem Bahngleis stehende Eisenbahnwaggons beraubt. Der eine Waggon barg Wein für die Königsberger Lazarette, der zweite Feldpostpakete, der dritte die Möbel einer Flüchtlingsfamilie.

Vermischtes.

= **Das Jagdgeschwader Richthofen,** das berühmteste deutsche Fliegerkorps, passierte in den letzten Tagen die Mittelrheingegend, um in Aschaffenburg seine Demobilisierung vorzunehmen. Einige Zahlen über die Leistungen der dem Geschwader angehörenden Jagdstaffeln dürften im ganzen deutschen Volke allgemeines Interesse erregen. Seit seiner Gründung durch den unvergeßlichen Meister der deutschen Heldenflieger Hauptmann Freiherr v. Richthofen hat das Geschwader über 900 Abschüsse feindlicher Flugzeuge erzielt. 30 Offiziere des Geschwaders wurden mit der höchsten Kriegsauszeichnung, dem Orden Pour le merite ausgezeichnet, 116 Offiziere und 4 Mannschaften fanden im Luftkampfe und 180 erlitten schwere Verwundungen. Wie gefürchtet und gehaßt gerade das Richthofensche Jagdgeschwader bei unseren Feinden war, erhellt aus der Tatsache, daß die Franzosen bei den Waffenstillstandsverhandlungen als eine der ersten Forderungen die Auslieferung der verhaßten rotgestrichenen Flugzeuge des Geschwaders Richthofen forderten.

In Straßburg wurde in der Nacht zum Sonntag von Bürgern und Soldaten die das Kaiserdenkmal umgebende Schutzhülle erbrochen und das Denkmal mittels eines Seiles vom Sockel gestürzt. Die gewaltige Figur fiel mit ungeheurer Wucht auf die Quadern des Fundaments. Mit Hammer und Meißel wurde dann Stück um Stück von dem viele Zentner schweren Pferdekörper abgeschlagen. Die Schar schleppte dann an einem langen Seile den Bronzekopf vom Denkmal Kaiser Wilhelm I. über das Pflaster und legte ihn unter dem Jubel aller Zeugen dieses nächtlichen „Volksurteils" zu Füßen des Nebertandbildes. Späterhin zog die Menge vor das Hauptpostgebäude, um dort den Kaiserstandbildern der Hauptfassade das gleiche Schicksal zu bereiten. Indessen standen in diesem Falle die Monarchen viel zu hoch über dem Volke und waren auch mit Leitern nicht zu erreichen. (F. Z.)

Vielfach drängt sich das Publikum in Massen an die aus den besetzten Gebieten kommenden Militärzüge heran, um die Truppen zu begrüßen und von ihnen Lebensmittel usw. zu erlangen. Die Eisenbahndirektion Köln weist darauf hin, daß dieses Verfahren mit großen Gefahren für Leib und Leben verbunden ist und warnt daher das Publikum vor dem Betreten der Bahnanlagen. Es sind bereits mehrere folgenschwere Unfälle zu beklagen. So wurden an einer Stelle allein sechs Personen getötet oder schwer verletzt.

„Wer arbeiten will, soll Arbeit haben." Dieser markante Satz aus dem Aufrufe der Volksminister zur Demobilisation, der Arbeit zu „auskömmlichem Lohn" verheißt, ist eine wohlgemeinte Mahnung an die Arbeitsscheuen, an denen es in solchen aufgeregten Zeiten niemals zu fehlen pflegt. Einwendungen wegen „nicht passender Arbeit" sind also nicht stichhaltig.

Das Münchener Hofbräuhaus wird seinen Namen nicht ändern. Es handelt sich hier nicht um ein Privatunternehmen der Wittelsbacher, sondern um einen staatlichen Betrieb, der im Staatshaushalt mit den übrigen Staatsbetrieben, wie Weingut in Unterfranken, Mineralbäder usw., vorgetragen war. Hofbräuhäuser gibt es auch anderwärts, ohne daß ein Zusammenhang mit einem regierenden Hause bestünde. Mit Ausnahme des „kgl." wird deshalb das Münchener Hofbräuhaus seine alte Firmenbezeichnung, an die sich Weltruf knüpft, weiterführen.

Die Heimatszeitung. Wir lesen im Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger über Bedeutung und Würdigung der Ortspresse: „Das Lesen einer Zeitung ist bei so schwer bewegter Zeit wohl ein dringendes Bedürfnis der großen Menge der Bevölkerung. Wie unsere dauernden Leser sich nun im Laufe der Kriegsjahre überzeugt haben werden, hat auch unser Blatt seinen Berichtsdienst immer mehr ausgestaltet und dadurch dargetan, daß auch sogenannte „kleine" Zeitungen inbezug auf schnelle Bekanntgabe der Tagesneuigkeiten den sogenannten „großen" Blättern der Großstadt durchaus gleichwertig erachtet werden dürfen. Es erübrigt sich daher wahrhaftig, wie bisher die Großstadtpresse der Ortspresse vorzuziehen, denn der Telegraph spielt in den Büros jener Blätter nicht schneller wie in denjenigen der Ortspresse. So wenig lieb es den ortsansässigen Geschäftsleuten ist, wenn das ortsansässige Publikum seine Waren aus der Großstadt bezieht, so unerwünscht ist es in Hinsicht des Gemeinlebens, wenn die Ortspresse hinter die Großstadtpresse zurückgesetzt wird, die sich von der Kleinstadtpresse nur noch durch den Anzeigenumfang unterscheidet. Es bedarf vielleicht nur dieses Hinweises, um auch in hiesiger Gegend auf die Bedeutung der Lokalpresse aufmerksam zu machen und besonders diejenigen Kreise, die ganz offensichtlich nur Großstadtblätter lesen, an die Zeile aus Schillers „Tell" zu erinnern: „Hier sind die Wurzeln Deiner ganzen Kraft!" — Die Ortspresse arbeitet und wirkt auch für sie und beansprucht dafür mit gleichem Dienste gewürdigt zu werden." — Wir sind überzeugt, daß die Ortspresse im kleinsten Kreise lebens- und konkurrenzfähig bleibt, wenn sie unter den gegebenen Bedingungen etwas tüchtiges leistet. Darauf kommt es an.

Die Heimkehrenden.

Euch grüßen nicht Jubel und Rosengesträuch,
Nicht Sang und Fahnen und Lichter,
Verweinte Augen blicken auf euch
Und gramvoll ernste Gesichter.

Doch ob ihr krank und stumpf und erschlafft,
Zermürbt von des Feldzugs Grauen,
Ihr seid unsre Hoffnung und unsere Kraft,
Ihr sollt Neu-Deutschland bauen.

Ihr steht nicht arm und zerrissen am Tor,
Ihr Männer mit neuen Sinnen
Seid unser Reichtum. Was Deutschland verlor,
Ihr soll's ihm zurückgewinnen.

Nun wieder im Land unser bestes Gut,
Wozu mit dem Schicksal hadern?
Ihr seid unser Herzblut, gießt Schaffensmut
Uns allen in Hirn und Adern.

Jetzt jeder ans Werk und frisch angefaßt!
Der Aar lernt wieder fliegen.
Ihr Unbesiegten im Felde saßt
Euch auch zu Haus nicht besiegen.

Kein Kranz um die Waffen, kein Fahnenschmuck —
Nehmt still der Arbeit Waffen!
Ein kurzes Willkommen, ein Händedruck,
Dann vorwärts! Wir werden's schaffen.

Caliban im „Tag".

Buntes Allerlei.

Hanau. Aus dem Modewarenhaus von Karl Eichler u. Söhne, Nürnberger Straße 36, wurden durch nächtlichen Einbruch Herren- und Damenkleider, Seidenstoffe und Pelze im Werte von annähernd 110 000 Mark gestohlen. Außerdem raubten die Einbrecher den Kassenschrank samt Inhalt und sämtliche Geschäftsbücher. 1500 Mark Belohnung setzte die bestohlene Firma auf die Wiedererlangung des Diebesgutes aus.

Lohnberg. Der 14jährige Lehrersohn Gath drückte im Scherz einen Armeerevolver, den er einem Militärauto entnommen hatte, gegen sich ab. Die Waffe entlud sich und tötete den Jungen auf der Stelle.

Mannheim. Durchfahrende ungarische Truppen hatten in ihrem Besitz 8 Ochsen und 12 Schweine, die sie unterwegs in Besitz genommen hatten. Als man ihnen die Tiere bei der Verpflegungsstelle in Neckarau abnehmen wollte, widersetzten sie sich dem und drohten sogar mit Maschinengewehren. Die entschlossene Haltung der Volkswehr brachte sie zur Vernunft.

Heidelberg. Am Tage der Heimkehr aus vierjähriger Gefangenschaft erdrosselte der Oberkellner Max Körner seine Ehefrau, mit der er schon vor dem Kriege in Uhyleben gelebt hatte. Der Täter ist flüchtig gegangen.

Es darf getanzt werden. Zu den Verordnungen, die mit der Proklamation der persönlichen Freiheit durch die neue Regierung wegfallen, gehört auch das Verbot der Tanzbelustigungen. Es wird eine ausdrückliche Aufhebung dieses Verbotes zwar nicht erfolgen, der Volkskommissar steht aber auf dem Standpunkt, daß diejenigen, die in diesen schweren Tagen noch Sinn dafür haben, sich im Tanze zu drehen, nicht behindert werden sollen.

WB **Wien,** 26. November. Der Sektionschef in der Kabinettskanzlei des früheren Kaisers, Geheimer Rat Dr. Ottokar Freiherr Mikos ist in seiner Wohnung erhängt aufgefunden worden. Er hatte schon am 22. Oktober einen Selbstmordversuch verübt, war jedoch wieder hergestellt worden. Die Blätter nehmen als Ursache des Selbstmordes den Schmerz über den Zusammenbruch des alten Oesterreichs an.

Die Stellungnahme des Deutschen Kriegerbundes zu den Fragen der Gegenwart.

In einem Aufrufe fordert der Deutsche Kriegerbund die Mitarbeit an dem Aufbau des neuen deutschen Staatswesens und die Einberufung der Nationalversammlung. Der Aufruf lautet:

Kameraden!

Mit einem Schlage stehen wir vor den gewaltigsten Aufgaben, die je an unser Kriegervereinswesen herangetreten sind. Sie übertreffen an Maß und Leistung alles, was wir erwarten konnten.

Die deutsche Armee demobilisiert. Sie demobilisiert mit einer Schnelligkeit, die nur dann vor dem Chaos rettet, wenn jeder mithilft, die Kanäle zu Wirtschaft und Bürgertum offenzuhalten.

Die Kriegervereinsorganisation greift in alle Verhältnisse. Sie ist berufen, den Kameraden unserer tapferen Armee zur Seite zu stehen. Sie muß durch Tat beweisen, daß sie es kann. Nie wieder kommen solche Tage, wie diese! Nie wieder kann der Deutsche Kriegerbund seine organische Kraft so zeigen, wie heute!

Darum heraus, alle heraus! Jeder Vorstand, jedes Mitglied stehe auf seinem Posten! Jeder stütze die Ordnung in seiner engeren Heimat und die Regierung, die unserem Volke voransteht.

Heute wird das Fundament zum neuen deutschen Reichsbau gelegt.

Wir, die Bauleute des einigen Vaterlandes, müssen wieder zu Hammer und Meißel greifen.

Wir müssen den jungen Kameraden zeigen, wie man gründet. Wir müssen ihnen unsere Erfahrung geben und unser Können und unser großes Wollen, das im Glauben an Deutschlands Größe deutsche Volkskraft da einstellt, wo sie Grundpfeiler neuer Macht wird.

Es ist die Stunde der wirtschaftlichen und vaterländischen Verantwortung des Kriegervereinswesens!

Helft mit! Wir kennen keine Partei. Aber wir kennen unser Vaterland. Und diese Erkenntnis trägt uns trotz und alledem den Glauben an Deutschlands Größe.

Wir fordern die Einberufung der Nationalversammlung. Aber wir fordern auch die Mitwirkung der Kämpfer, die mit ihrem Leben das Vaterland schützten und es uns erhielten. Sie, die den Geist der hunderttausend Toten dieses Krieges mittragen, sind die Hauptträger der politischen Gestaltung des neuen Deutschlands.

Damit diese Vorbedingung erfüllt werden kann, damit unsere über Lob und Tadel erhabenen Soldaten schnell finden, wohin sie sich in Beruf und Wirtschaft zu stellen haben, dazu ist es nötig, daß wir ihnen mit aller Kraft in Rat und Tat beiseite stehen.

Das Bewußtsein, daß unsere Armee Land und Ehre bis zum äußersten verteidigt hat, gibt uns diese Kraft!

Die Kriegervereine bestehen weiter. Ihre gewaltigen, wirtschaftlichen Aufgaben sichern ihnen eine große Zukunft!

Der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes.
Westphal,
Geheimer Regierungsrat, Geschäftsführender Vorsitzender.

Die Verluste in Heer und Marine.

Ueber die deutschen Verluste an Menschenleben seit dem Beginn des Krieges sind in den letzten Tagen durch die Presse Mitteilungen mit Zahlenangaben gegangen, die zum Teil der Ergänzung bedürfen, zum Teil eine nicht richtige Darstellung der Verhältnisse geben. Nach einer privaten, möglichst sorgsamen Bearbeitung der deutschen Verlustlisten beträgt der Gesamtverlust bis zur Verlustliste Nr. 1284 vom 24. Oktober 1918 an Toten 1 611 104, an Verwundeten 3 683 143 und an Vermißten 772 522, insgesamt 6 066 769. Auf die einzelnen Kontingente verteilt sich dieser Verlust wie folgt:

	Tote:	Verwundete:	Vermißte:	Insgesamt:
Preußen	1 282 069	[illegible]	616 130	4 760 870
Bayern	150 658	363 823	72 115	586 596
Sachsen	108 017	252 027	51 787	411 831
Württemberg	64 507	155 654	16 802	236 963
Marine	25 862	28 968	15 679	70 509

Bei der Zahl der Vermißten mit 772 522 sind bereits 65 291 Mann in Abzug gebracht, die seit Anfang März 1918 in den Listen als „aus der Gefangenschaft zurück" gemeldet worden sind. Bei der Zahl der Vermißten sind zu trennen solche, die in Gefangenschaft geraten und deren Namen bekannt sind, und solche, über deren Verbleiben kein Anhaltspunkt gegeben ist. In der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags am 27. April dieses Jahres gab ein Vertreter des Kriegsministers bekannt, daß die Zahl der vermißten Heeresangehörigen bis 31. März 1918 im ganzen 664 104 betrage. Davon befänden sich als Gefangene in Frankreich 236 676, in England 119 000 und in Rußland und in Rumänien 157 000, insgesamt 512 676. Es blieben dann noch 151 428 wirklich Vermißte, über die nichts zu ermitteln war. Man darf als sicher annehmen, daß der weitaus größte Teil dieser Leute nicht mehr am Leben ist; nur ein sehr kleiner Teil dürfte einmal wieder zum Vorschein kommen. Im Verhältnis zu dieser amtlichen früheren Berechnung kann man bis Ende September 1918 etwa 180 000 von der Gesamtziffer aller Vermißten als tot annehmen. Diese Zahl und die Zahl der Toten aus dem Gesamtverlust ergeben bis zum Oktober 1918 eine Gesamtzahl an Toten von 1 790 000. Diese Zahl umfaßt die Gefallenen, die an Wunden, Krankheit, Unfall oder in der Gefangenschaft Gestorbenen, und die als tot angenommenen oder gerichtlich als tot erklärten Verschollenen. Wenn die noch ausstehenden Verlustmeldungen — es fehlen noch die Verlustlisten über die Kämpfe an der Westfront bis 11. November, ferner die Verluste in Palästina usw. — alle vorliegen, die jetzigen oder etwa noch bevorstehenden Bewegungen beendet sind, und die Zahl der Verschollenen sich einigermaßen übersehen läßt, wird die Zahl der Toten noch erheblich gewachsen sein. In Wirklichkeit sehr nahe wird die Schätzung kommen, die für diesen Krieg den Verlust der Deutschen an Toten auf rund zwei Millionen berechnet.

Ungeheuerlich und erschreckend groß, wie alles in diesem Kriege, sind auch die Zahlen, die bei einer besonderen Berechnung der Verluste an Offizieren (mit den Aerzten und den höheren Militärbeamten) sich ergeben. In den oben angeführten Zahlen des Gesamtverlustes sind enthalten die Namen von 44 700 toten, 82 400 verwundeten und 13 600 vermißten, insgesamt von 140 700 Offizieren. Dieser Verlust an Offizieren allein übersteigt den Gesamtverlust des Deutsch-Französischen Krieges. Damals, im Jahre 1870/71, betrug der Gesamtverlust an Offizieren und Mannschaften 129 698 Köpfe, darunter 6247 Offiziere. Demgegenüber stelle man den bisherigen Gesamtverlust dieses Krieges mit mehr als sechs Millionen, darunter mehr als 140 000 Offiziere!

Einer Mutter Liebe.

Roman von Jos. Schade-Haedicke.

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Lisas Gatte hatte zunächst auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft geklagt. Nun ging langsam das Jahr dahin, während dessen es ihr noch immer frei stand, zu ihrem Gatten zurückzukehren. Aber das war nur eine Formensache. Im Grunde fühlte Lisa sich jetzt schon frei. Jetzt war das Jahr fast zu Ende und Lisa sah nicht die mahnenden, hoffenden Blicke, welche die Eltern auf sie hefteten, immer noch mit dem stillen Wunsche, sie möge sich in letzter Stunde besinnen. Doch Lisa begriff diese Blicke nicht einmal.

Da kam eines Tages die Klage auf Scheidung. Keine Stunde länger als notwendig hatte Erich gewartet, dieselbe einzureichen.

Grämlich und verbittert, ohne überflüssige Worte machte Hanns Lisa Mitteilung davon. Sie nickte nur. Das alles schien ihr so gleichgültig. Ihre Gedanken weilten bei einem Ereignis, das in einigen Tagen. Rolf Dismann sollte zurückkehren, nach langen sechs Jahren sollte sie den Jugendfreund wiedersehen. Die Freude seiner Mutter hatte Lisa angesteckt und beschäftigte sich in ihren Gedanken unaufhörlich damit, wie er wohl aussehen würde. Auch Hänschen freute sich auf den neuen Onkel, der ihm viele schöne Sachen mitbringen würde, wie ihm Tante Dismann versprochen hatte, und er plapperte aufgeregt davon. Aber niemand hörte ihm zu außer Lisa, denn auch deren Geschwister waren ernst und still, dem Verhalten der Eltern Rechnung tragend.

Es war eine unerquickliche Stimmung im Hause und Lisa flüchtete, so oft sie nur konnte, in die stille, friedliche Wohnung von Rolfs Mutter und dachte keinen Augenblick daran, daß das anders werden konnte, wenn Rolf kam. Sie sah in ihm immer noch den guten Freund von früher und konnte sich kaum vorstellen, daß aus dem unfertigen jungen Menschen, als den sie ihn zuletzt gesehen, ein Mann geworden sein könne.

Es war eines Mittags bei Tische, als die kleine Hertha erzählte, Rolf Dismann sei angekommen. Wie es seine Gewohnheit war, ohne Tag und Stunde anzugeben, hatte er seine Mutter überrascht und niemand weiter als Hertha, die gerade im Garten war, hatte ihn kommen gesehen.

Als Hertha das erzählte, röteten sich unwillkürlich die Wangen Lisas. Sie dachte an die alte Freundin droben in dem traulichen Stübchen und wie glücklich die nun wohl sein würde. Unaufhörlich flogen ihre Gedanken nach oben und gleich nach Tische nahm sie Hänschen bei der Hand, um hinaufzugehen und den Freund zu begrüßen. Es kam ihr auch nicht in den Sinn, daß es vielleicht schicklicher war, Rolfs Besuch erst abzuwarten; sie handelte impulsiv, aus einem reinen Gefühl der Freundschaft, das sich wenig um ausgeklügelte Formen kümmert.

Jetzt, nach Tische, wo die Mutter sich neuerdings ein kurzes Schlummerstündchen gönnte und Thea in der Wirtschaft zu tun hatte, pflegte die junge Frau ohnehin gewöhnlich ein Weilchen mit Tante Dismann zu plaudern.

Lisas Herz schlug in freudiger Erregung. Als auf ihr wohlbekanntes Klopfen die alte Freundin die Tür öffnete, wich Lisa plötzlich ein wenig verlegen zurück.

Da war Rolf, und doch wieder nicht er, nicht der Jugendfreund, wie er in ihrer Erinnerung lebte. Hier der große, stattliche Mann mit dem sonnengebräunten Gesicht, der sich leicht und frei von seinem Stuhl in der Fensternische erhob, schien ihr ein völlig Fremder. Vielleicht tat das der Ausdruck in seinen Augen, die kühl und fragend ihren Blicken begegneten. Er verbeugte sich höflich, fast übertrieben höflich, wie es Lisa schien, und nannte sie „gnädige Frau", und das kam ihr jetzt fast selbstverständlich vor. Fast schämte sie sich, gekommen zu sein, jetzt schon! Wie taktlos von ihr! Gewiß hatte er sich mit der Mutter noch viel zu erzählen, wobei sie, die Fremde, überflüssig war. Sie schwieg befangen, nachdem sie ihm die Hand gereicht und ein paar flüchtige Worte mit ihm gewechselt hatte. Vergebens war Rolfs Mutter noch freundlicher und liebevoller als sonst, Lisa wurde das fatale Gefühl nicht los, daß sie unwillkommen sei. Sie wäre gern wieder gegangen, wenn sie nur gewußt hätte, wie sie das anfangen sollte. Rolf aber hatte sich zu Hänschen gewandt und willig ließ sich das sonst gegen Fremde so scheue Kind von ihm auf den Arm nehmen. Wirklich hatte Rolf allerhand Kleinigkeiten für den Kleinen mitgebracht; seine Mutter mußte ihm von dem Kinde geschrieben haben. Zu Lisa wandte Rolf sich nur selten und dann klang seine Stimme, in der sie den alten, wohlbekannten Laut wiederfand, wenn er mit Hänschen sprach, steif und gezwungen.

Was hat er nur? dachte Lisa enttäuscht. Sollte sie denn alles verloren haben, was ihr in der Heimat lieb und wert gewesen, auch Rolfs Freundschaft?

Allmählich fühlte sie sich von seinem Wesen verletzt. Sie war gekommen in alter, treuer Anhänglichkeit, und er behandelte sie kühl, fast hochmütig, wie eine Fremde. Einen Moment schien ihr Herzschlag zu stocken; sie dachte der Worte ihres Vaters. Sah Rolf auch in ihr die geschiedene Frau, auf die man mit Verachtung niederblickte? — Sie wurde immer unruhiger und befangener und lehnte die Einladung seiner Mutter, den Kaffee mit ihnen zu nehmen, kurzerhand ab.

Du hast Lisa gekränkt, sagte Frau Dismann vorwurfsvoll, als sich die Tür hinter der schlanken Gestalt der jungen Frau geschlossen hatte.

Rolf ging schwer atmend ein paarmal in dem kleinen Stübchen auf und nieder.

Laß, Mutter, laß! Du weißt doch, was sie mir angetan, sagte er gepreßt.

Sie hat es nicht gewußt, Rolf, sie war wirklich noch ein Kind und sie hat schwer gelitten, glaub' es mir.

Dann schwiegen beide. Als Lisa aber Rolf am anderen Tage wiedersah, war der Ausdruck seines Gesichts weniger hart. Er drückte Lisas Hand und der Blick, mit dem er ihr schönes, blasses Gesicht streifte, das der Ernst des Lebens bereits gezeichnet hatte, trieb ihr das Blut in die Wangen.

Jetzt war es Lisa lieb, daß sie so fremd und kühl miteinander sprachen. Sie wußte selbst nicht warum, aber sie hatte das Gefühl, als könne die alte Freundschaft, so, wie sie zwischen ihnen einst bestanden, nie und nimmer fortleben.

Von jeher war der Verkehr zwischen den Dismanns und den Hannas am stärksten gewesen, wenn der junge Dismann zu Hause auf Urlaub weilte. So fand selbst Lisas Vater nichts darin, daß der junge Mann beinahe täglicher Gast unten war. Er hatte sich besonders mit Hänschen angefreundet, der dem Onkel jedesmal jauchzend entgegenlief. Lisa wurde es warm ums Herz, wenn sie sah, wie Rolf mit ihrem Kinde spielte und tollte. Er hatte dann so eine junge, knabenhafte Art, genau wie er früher gewesen.

Auch Thea sah den jungen, stattlichen Schiffsingenieur gern kommen. Gewöhnlich war sie die dritte im Bunde, während Lisa den Spielen der drei still lächelnd zuschaute.

Zuweilen fing die junge Frau einen Blick Rolfs auf, der ihr deutlich verriet, daß er nicht Theas wegen kam. Aber fast ängstlich wehrte sie solche Gedanken ab. Noch war sie ja Klingens Frau; die Scheidung war noch nicht ausgesprochen, und überhaupt! — wie konnte sie je daran denken, ihr Herz einem anderen Manne zu schenken und nun gar Rolf, in dem sie nichts anderes sah und sehen wollte, als den Jugendfreund.

Allmählich aber wurde sie irre an sich selbst, so daß sie sich freute, als Rolfs Urlaub abgelaufen war.

Als er dann aber fort war und alles im Hause wieder so ruhig und still, da sehnte sie seine Gegenwart herbei. Zuweilen hörte sie, wie die Eltern ernsthaft in Erwägung zogen, daß Rolf für Thea eine ganz passende Partie sein würde.

Sie sagte nichts zu alledem, aber einmal dachte sie, daß es so gar gut sein würde, wenn Rolf Thea heiratete; dann, aber auch nur dann, konnten sie vielleicht noch einmal richtige Freunde werden. —

Diesmal sollte Rolfs Abwesenheit von der Heimat nicht lange dauern und schon im Frühjahr hoffte er, wiederzukehren. Aber bis dahin schien es Lisa doch entsetzlich lange. Der Winter war so grau und trostlos. Nur die Weihnachtszeit brachte einige Abwechslung. In dieser Zeit vergaß sie alles andere und freute sich mit Hänschen, dessen heller Jubel das Haus belebte.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheim. Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe erhielt Oberpostschaffner Westenberger vom hiesigen Postamt.

Hochheim. Die hier ankommenden Truppenteile der heimkehrenden Krieger werden von seiten der Stadt mit Suppe und Kaffee bewirtet. Die Verteilung geschieht an verschiedenen Stellen durch Frauen und Mädchen.

* Innere Politik unter der Besetzung. Staatssekretär Erzberger hat nach Bonn telegraphiert: Der linksrheinischen Bevölkerung ist die Erörterung innerpolitischer Fragen während der Besetzungszeit gewährleistet.

* Wie wir hören, haben die das Ministerium des Innern leitenden Volksbeauftragten die Provinzialbehörden angewiesen, sämtliche Polizeiverordnungen erneut auf Rechtmäßigkeit, Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen. Alle Verordnungen und Bestimmungen, die nach einer dieser drei Richtungen Bedenken erwecken, insbesondere also auch die veralteten, sollen beseitigt werden. Diese Anordnung wird die voraussichtliche Aufhebung einer größeren Zahl Polizeiverordnungen zur Folge haben.

* An die Landbevölkerung. Eine Anzahl landwirtschaftlicher Organisationen erläßt diesen Aufruf: Ihr habt die Aufrufe, die Euch zur Bildung von Bauernräten, Orts-, Gemeinde-, Wirtschafts-Ausschüssen und dergleichen auffordern, zur Kenntnis genommen. Vielerorts hat man diesen Rufe schon Folge geleistet. Es muß erwartet werden, daß die gesamte Landbevölkerung schleunigst sich dieser Aufgabe widmet und zum Wohl des Vaterlandes mitarbeitet. Die Aufgaben dieser Körperschaften sind zahlreich. Nicht überall ist man über den Wirkungskreis im Klaren. Die unterzeichneten Verbände geben nachstehende Richtlinien für die Tätigkeit bekannt, die Ihr auszuüben berufen seid. Wir erwarten, daß im Interesse der ungehinderten Durchführung der Volksernährung in der Uebergangszeit von allen „Bauern- und Landarbeiterräten" dementsprechend gehandelt wird. Dieser Name soll aussprechen, daß im Hauptberuf selbständige Landwirte und Arbeiter in diesen Räten gleichberechtigt sind. Auch die Mitarbeit der nichtlandwirtschaftlichen Landbevölkerung ist dringend erwünscht. Ein „Bauern- und Landarbeiterrat" ist in jeder selbständigen Gemeinde zu wählen. Die Gutsbezirke sind in der Regel der benachbarten Gemeinde anzugliedern. Jeder Rat muß aus mindestens sechs Personen bestehen und zu gleichen Teilen aus den Kreisen der im Hauptberuf selbständigen Landwirte und Arbeiter bezw. nichtlandwirtschaftlicher Landbevölkerung gebildet werden. Für den Bereich jeder unteren Verwaltungsbehörde ist an deren Sitz ein „Kreis- (Bezirks- und dergl.) Bauern- und Landarbeiterrat" zu bilden. Die unterzeichneten Körperschaften bilden den Zentral-Bauern- und Landarbeiterrat in Berlin, der Anweisungen und Ratschläge erteilt. Die Aufgabe der Bauern- und Landarbeiterräte ist die Unterstützung der zuständigen Behörden durch: 1. Mitwirkung und Beratung bei Erfassung und Schutz der vorhandenen Lebensmittel, bei Regelung ihrer Ablieferung an die bezugsberechtigten Stellen und bei Bekämpfung des Schleichhandels; 2. Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe, Förderung der Erzeugung, insbesondere durch Sicherung von Saatgut und Steigerung des Anbaues, Wiederaufbau der Viehzucht, Förderung des Genossenschaftswesens; 3. Mitwirkung bei Aufnahme der entlassenen Kriegsteilnehmer und Beschaffung von Arbeit und Wohnung für diese gemäß den Bestimmungen der Demobilmachungsbehörde; 4. gegenseitige Hilfe beim Schutz von Personen und Eigentum. Volksgenossen! Die Not der Zeit fordert die Zusammenfassung aller Kräfte zur Erhaltung der Volkswirtschaft. Alles Trennende hat zurückzutreten. Angesichts der großen Aufgaben tue jeder seine Pflicht. Die Stunde verlangt es gebieterisch.

* Wb Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien, eine Erweiterung der Freiliste für die ohne Bezugsscheine zu beziehenden Kleidungs-Gebrauchsstücke und eine Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über Erleichterung der Bezugsscheinbestimmungen sowie über Erleichterungen im Verkehr mit Web-, Wirk- und Strickwaren.

Biebrich.

* Schamloses Verhalten hat nach Anzeige einer Frau eine Arbeiterin insofern an den Tag gelegt, als sie mit der 18jährigen Tochter der Anzeigerin zusammen in einem Zimmer, in dem mehrere einquartierte Soldaten schliefen, nächtigten. Ob und welche Unsittlichkeiten vorkamen, wird die Untersuchung ergeben, da Anzeige wegen Kuppelei erstattet wurde.

Neueste Nachrichten.

Wb **Wilhelmshöhe**, 26. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung hat heute an den Gouverneur von Kiel, Herrn Landtagsabgeordneten Noske, folgenden Funkspruch gerichtet:

Wir begrüßen lebhaft die Kundgebung der Kameraden von der Marine und schließen uns der von ihr ausgedrückten Entrüstung gegenüber den Vorgängen in Berlin rückhaltlos an. Wir verurteilen mit ihnen auf das schärfste das Treiben gewisser Minderheiten, weil wir darin die größte Gefahr für die Errungenschaften der Revolution und den Bestand des Reichs erblicken. Ebenso sind wir mit den Matrosen in Kiel eins in dem Wunsche nach einer Nationalversammlung, die alsbaldig unter Mitwirkung aller noch unter den Waffen Stehenden einzuberufen ist. Bis dahin halten wir es für unsere Pflicht, die Regierung Ebert-Haase mit allen Mitteln zu unterstützen.

Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung.

Wb **Wilhelmshöhe**, 26. November. Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung hat heute folgenden Aufruf an die Soldatenräte des Feldheeres gerichtet:

Kameraden! Endlich stehen wir wieder auf heimatlichem Boden. Unsägliche Leiden haben wir in langen Kriegsjahren ertragen. Ein anderes Vaterland nimmt uns auf. Das alte, das uns in den gräßlichen Krieg entsandte, besteht nicht mehr. Die alte Ordnung der Gewalt ist gebrochen. Eine neue Ordnung bildet sich, aber ungeheure Gefahr bedroht sie. Werden wir eine Heimat haben oder wird sich Deutschland in eine Trümmerstätte verwandeln? Das ist die Frage, die in aller Herzen brennt. Das Feldheer, und mit ihm das ganze deutsche Volk, verlangt vor allem nach Frieden, nach Arbeit und Brot, nach Demokratie. Wir wollen Frieden! Frieden kann nur werden, wenn der innere Frieden gesichert ist, wenn wir alles vermeiden, was zum Bruderkampf unter uns selbst führen könnte. Darum darf es nicht sein, daß einzelne Schichten unserer Brüder auf immer von den Regierungsgeschäften ausgeschaltet werden. Alle sollen ihre Stimme mit zur Geltung bringen können. Das kann nur in der alsbald unter Mitwirkung des Feldheeres einzuberufenden Nationalversammlung geschehen. Die neue Regierung Ebert-Haase steht auf demselben Boden. Darum müssen wir sie unterstützen.

Wir wollen Arbeit und Brot! Wir wollen aber nicht um den wirklichen Wert unserer Arbeit betrogen werden. Daher fordern wir die Sozialisierung aller hierzu reifen Großbetriebe und den achtstündigen Maximalarbeitstag. Dagegen muß die Aufrechterhaltung der geordneten Produktion auf alle Fälle sicher gestellt werden. Es kann nicht über Nacht das ganze Wirtschaftsleben auf den Kopf gestellt werden, weil dadurch die Produktion, wie in Rußland, auf lange Zeit lahmgelegt und unser Volk einer Hungersnot ausgeliefert würde.

Ferner verlangen wir eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen und einen weiteren Ausbau der Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung. Die neue Regierung ist, wie ihr Programm zeigt, gewillt, durch entsprechende Fürsorgegesetze das Los des arbeitenden Volkes zu erleichtern, und da sie sich aus Männern zusammensetzt, die immer für die arbeitenden Schichten und gegen deren Ausbeutung gewirkt haben, können wir vertrauen, daß sie nichts unterläßt, unsere Lebensinteressen zu wahren.

Wir fordern Demokratie, weil sie alle Kräfte des Volkes vereinigt. Nur eine Regierung, die aus dem Willen des Volkes selbst hervorgeht, wird die Macht haben, alle jene Maßnahmen durchzuführen, die unsere Lebensbedingungen bessern. Diese Macht hat der alten Regierung gefehlt. Daher hat sie einer neuen sozialistischen weichen müssen, die bereits mit fester Hand eingegriffen und einen großen Teil der alten drückenden Schranken auf immer gebrochen hat. Der Belagerungszustand ist aufgehoben, das freie Vereins- und Versammlungsrecht ist durchgeführt, alle wegen politischer Vergehen Festgenommenen und Verurteilten sind frei gelassen und die früheren Arbeiterschutzbestimmungen sind wieder in Kraft gesetzt worden. Auch sonstige in unserer aller Leben einschneidende Reformen sind bereits verwirklicht, aber ganz riesige Arbeit muß noch geleistet werden, wenn nicht gerade die arbeitende Bevölkerung auf Jahrzehnte hinaus unter den Folgen des unheilvollen Krieges schmachten soll.

Kameraden! In Not und Tod seid Ihr bewährt! Für die alte Gewalt habt ihr Euer Blut gegeben. Jetzt gilt's: Die neue Heimat! Entscheidet Euch! Die Stunde fordert es.

Der Vollzugsausschuß des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung.

Wb **Berlin**, 26. November. An alle Arbeiter- und Soldatenräte der Heimat!

Kameraden und Arbeiter!

Jeder Tag bringt uns neue Beweise der Herzlichkeit, mit der Ihr unsere heimziehenden Kameraden empfangt. Habt unseren Dank! Leider begegnen aber unsere Brüder in einzelnen Städten einem gewissen Mißtrauen. Man fürchtet, sie ständen den Errungenschaften der Heimat feindlich gegenüber.

Kameraden und Arbeiter! Nichts ist weniger begründet als eine derartige Befürchtung, denn das Feldheer stellt sich rückhaltlos auf den neuen Boden und dankt allen in der Heimat für die geschaffene neue Heimat. Nie und nimmer werden die Feldtruppen der Reaktion die Hand bieten. Ein Narr nur kann behaupten, daß sie die Einsetzung der alten Gewalt herbeiwünschten, unter der gerade sie so schwer gelitten haben. Das Feldheer will Ruhe und Frieden. Daher bitten wir alle Arbeiter- und Soldatenräte der Heimat auf das Dringlichste, die heimkehrenden Truppen in jeder Weise zu unterstützen. Brüder vergeßt keine Stunde der ungeheuren Gefahr in der wir schweben! Jeder einzelne muß das Aeußerste aufbieten, um zur Ruhe mitzuwirken! Es darf nicht zu einem Zwiespalt zwischen den Front-Soldaten- und Heimaträten kommen. Wir haben die Freiheit! Aber nur Zucht erhält sie uns! Vereinzelt dringen Klagen zu uns, daß Arbeiter- und Soldatenräte in Verkennung der Lage, zurückkommenden Truppen Wagen, Betriebsstoffe und Geräte abnehmen, und die Lösung der ungeheuren, schweren Aufgaben des Rückmarsches hemmen. Noch ist es Zeit! Noch können wir Frieden, Brot und Freiheit sichern! Aber Mann für Mann muß einstehen für Vernunft und Ordnung! Nur dann kann es glücken, nur dann!

Der Vollzugsausschuß des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung.

Herr v. Bethmann Hollweg zur Vorgeschichte des Krieges.

Berlin, 27. November. Der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg äußerte sich einem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" gegenüber zu der Veröffentlichung der bayrischen Regierung. Er hob u. a. hervor, daß die deutsche Regierung den Wortlaut des österreichischen Ultimatums an Serbien in der Tat nicht gekannt habe. Er persönlich habe dieses Ultimatum für zu scharf gehalten und der österreichisch-ungarischen Regierung in der denkbar schärfsten Form zu erkennen gegeben, daß Deutschland zwar bereit sei, seine Bündnispflicht zu erfüllen, daß es die deutsche Regierung aber ablehnen müßte, sich von Oesterreich-Ungarn durch die Nichtbeachtung seiner Vorschläge in einen Weltenbrand hineinziehen zu lassen. Zu diesen Ratschlägen gehörte u. a. die energische Aufforderung an das Wiener Kabinett, die zwischen ihm und Petersburg entstandenen Mißverständnisse zu beseitigen. Die deutschen Bemühungen seien aber durch die plötzliche Generalmobilisation Rußlands zum Stillstand gekommen, da diese Generalmobilmachung den Weltkrieg bedeuten mußte. Der deutschen Regierung die Schuld am Weltkriege aufzubürden, hieße die Gegner für schuldlos erklären, die jahrzehntelang vereinbarte Pläne hatten, die nur bei kriegerischer Verwicklung verwirklicht werden konnten. Der frühere Reichskanzler erinnerte ferner an die Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses, an die seit 1871 getriebene Revanchepolitik Frankreichs und an die systematisch betriebene Aushöhlung der Stellung Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan, die sich der ausgesprochenen Unterstützung Englands erfreute. Diese Situation mußte für Deutschland lebensgefährlich werden, zumal die internationalen Grundsätze, die heute eine Rolle spielen, erst im Laufe des Krieges durch Wilson aufgestellt worden seien. Zu der Frage, wie es möglich gewesen sei, daß die Schuld Deutschlands am Kriege zur Ueberzeugung fast der ganzen Welt werden konnte, sagte der Kanzler: Ich sehne den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden müßte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Auch Herr v. Bethmann Hollweg hält die Veröffentlichungen der bayrischen Regierung für wenig geeignet. Bezüglich Elsaß-Lothringens bemerkte der Kanzler, daß sich die Politik Frankreichs seit 1871 unverrückbar auf die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens gerichtet habe und daß die deutsche Regierung es nicht verstanden habe, durch eine entsprechende Behandlung der Bevölkerung Elsaß-Lothringens mit dem deutschen Reiche zu verschmelzen. Vor allem müsse Deutschland zugestehen, daß es durch die Mängel seines nationalen Charakters und durch die Sünden seines allgemeinen Gebahrens zu der politischen Hochspannung beigetragen habe. Worte, die als Provokation gedeutet werden konnten, sind wiederholt von deutscher Seite gefallen. Die alldeutschen Treibereien haben uns im In- und Ausland den größten Schaden zugefügt, und vor allem war es die sogenannte Flottenpolitik, die uns in verhängnisvolle Gegensätze geführt hat. Dazu kamen die mannigfachen Mängel unserer inneren Politik. Herr von Bethmann Hollweg erwartet von der Weltgeschichte, daß sie den Richterspruch fällen werde.

Einfamilienhaus

mit Garten Stallung und Zubehör zu pachten gesucht. Späterer Ankauf erwünscht. Angebote unter Nr. 98 an die Geschäftsstelle des Hochheimer Stadtanzeigers in Biebrich a. Rh.

Einige Morgen Feld

sowie ein Obststück zu pachten gesucht. Angebote unter Nr. 99 an die Geschäftsstelle des Hochheimer Stadtanzeigers in Biebrich a. Rhein.

Preiswerte Winter-Mäntel:

Farbige Damen-Mäntel aus schweren, warmen Stoffen, ¾ und ganz lang 75– 98– 125–

Schwarze Frauen-Mäntel aus guten Stoffen ¾ und ganz lang 96– 148– 195–

Jackenkleider aus dunkelblauen und farbigen soliden Winterstoffen 95– 150– 195–

Elegante Winter-Mäntel mit und ohne Pelzgarnierung 175– 250– 325–

Jackenkleider in eleg. Ausführung, aus prima wollenen Stoffen, neueste Formen 250– 350– 450–

Kinder-Mäntel reizende neue Formen aus soliden Wollstoffen 22– 35– 48–

Seidene Kleider, seidene Blusen, Kostüm-Röcke, Plüsch-Mäntel, Astrachan-Mäntel.

Geschw. Alsberg

Inh. Beckhardi & Levy.

Ludwigstr. 3–5. **Mainz** Ludwigstr. 3–5.

Todes- ✝ Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die schmerzliche Mitteilung, daß es Gott gefallen hat, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Margarete Hück

geb. Kreß

nach kurzem, schwerem Leiden Montag abend 9 Uhr, wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten, im 71. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Dies zeigen tiefbetrübt an

die trauernden Hinterbliebenen:

P. J. Hück I. u. Tochter Pauline.
Familie Phil. Hück.
Familie Valentin Hück.
Familie Josef Stillger.

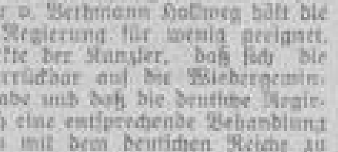
Hochheim a. M., Unterliederbach b. Höchst, 27. Novbr. 1918

Beerdigung: Donnerstag, 28. November, mittags 12 Uhr, von Massenheimer Str. 21 aus. — Erstes Seelenamt Freitag, den 29. November morgens 7¼ Uhr.

Grabdenkmäler,

Neuanfertigung und Reparaturen, Bauarbeiten, Fassaden, Stufen, Schwellen, Belagplatten, Marmorplatten, Waschtische, kunstgewerbliche Gegenstände, Granit, Marmor, Alabaster und Onix. — Ehrengedenksteine aus Marmor ein würdiger Zimmerschmuck für unsere gefallenen Helden, mit Photographie zu billigen Preisen. — Reparaturen und Neuanfertigungen.

Bestellungen und Anfragen erbitte vorläufig noch durch Herrn Friedhofsverwalter Treber in Hochheim, Massenheimerstraße 4.



Einer kurzen heftigen Lungenentzündung erlag im Burgeff-Stift dahier der Rentner

Georg Zimmermann

im Alter von 76 Jahren.

Der Stifts-Vorstand.

Beerdigung: Donnerstag um 12 Uhr vom Stift aus.

Flickfrau gesucht. Mainweg 5.

Zum Ausschneiden von Bäumen Hochstämmen und Formbäumen aller Art empfiehlt sich **Peter Enders jun.** Massenheimer Straße 28.

Grauwollene **Decke** gelb und blau gestreift am Freitag abend von Hintergasse durch Stein-, Kirch-, Weiher- u. Adolfstraße vom Fuhrmann **verloren**. Gegen Belohnung abzugeben in der Filial-Expedition.

Reiserbesen zu 80 ₰, mit Stiel 1 Mark. Gutjahr, Hintergasse.